

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

In vielen Bereichen besteht ein Handlungsdefizit

Vorschläge, Berichte und Konzepte werden erarbeitet, die Ausführung aber lässt meistens auf sich warten

(G.M.) – Es genüge nicht, nur Entscheidungsgrundlagen zu liefern, formulierte die Arbeitsgruppe «Energie» vor einiger Zeit: «Es müssen auch die Entscheidungen fallen und deren Verwirklichung muss erfolgen.» Diese Aussage, die ihre Gültigkeit nicht nur bezogen auf die Energiepolitik unseres Landes besitzt, erscheint seit rund einem Jahrzehnt symptomatisch für das politische Geschehen. Der Schwerpunkt der Regierungstätigkeit liegt unzweideutig auf dem Lavieren zwischen verschiedenen Standpunkten, auf der Bereitstellung von Berichten, Arbeitspapieren, oft auch von Entscheidungsgrundlagen, nicht jedoch auf der Entscheidung nach Vorliegen der zusammengetragenen Materialien, Stimmungen und Meinungen.

Das Steuergesetz, das schon mehr als ein Jahrzehnt von einer Arbeitsgruppe nach der anderen verwässert wird, so dass schlussendlich kaum mehr jemand Interesse, geschweige denn Begeisterung für eine vorgesehene Systemänderung empfindet, ist ein markantes Beispiel für das bestehende Handlungsdefizit: Entscheidungen werden zumeist hinausgeschoben, in der Regel durch Betriebsamkeit zur Herstellung von Papieren, Berichten oder Stellungnahmen ersetzt.

Dass sich der Landtag an seiner nächsten Sitzung mit einer Motion, einer Interpellation und vier Postulaten, allesamt von Mitgliedern der VU-Fraktion initiiert, zu befassen hat, erhärtet den Befund: «Worte statt Taten». Mit dieser Bewertung soll nicht das Recht der Parlamentarier auf Vorstösse beschnitten, sondern nur darauf hingewiesen werden, dass die VU-Politik derzeit auf emsige Betriebsamkeit ausgerichtet wird, die wohl verdecken soll, dass für die entscheidenden Probleme keine Entschei-

dungen getroffen, keine Massnahmen für die Gegenwart gesetzt und keine Perspektiven für die Zukunft entwickelt werden. Die Landtagsmehrheit bietet Hand für die Weiterführung dieser Politik der Worte, der Schriftstücke und der Absichtserklärungen, wozu das bereits an die Regierung überwiesene «Allerweltpostulat» über die «Erstellung eines Konzeptes für die langfristige Ausrichtung der liechtensteinischen Politik in allen wichtigen Bereichen» ein beredtes Beispiel darstellt.

Im zweiten Energiebericht, der im letzten Jahr erschienen ist, hat die von der Regierung eingesetzte Kommission mit kaum mehr zu übertreffender Deutlichkeit darauf hingewiesen, dass die Umsetzung des Energiekonzeptes im Verlaufe eines Jahrzehnts «nur unvollkommen erfolgt» sei. Und mit einer bislang in Expertenberichten kaum anzutreffenden Schonungslosigkeit wurde in diesem Nachfolgebericht dargelegt, dass Entscheidungen nur dort getroffen und Massnahmen nur dort gesetzt worden seien, wo «keine ernsthaften politischen oder materiellen Schwierigkeiten zu erwarten waren».

Zu einer ähnlichen Bewertung müsste eigentlich der Nachfolgebericht zur 1982 veröffentlichten Wirtschaftsstudie unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes kommen, der in absehbarer Zeit erscheinen soll. Nicht nur, dass die im Bericht enthaltene Aufforderung, «möglichst bald eine zweite Studie zur Abklärung der branchenspezifischen Gege-

benheiten unserer Wirtschaft erstellen zu lassen, während Jahren einfach ignoriert wurde, sondern auch die Tatsache, dass aufgrund der Wirtschaftsstudie keine Änderung der Wirtschaftspolitik erfolgte, muss zu denken geben. In diesem Bereich, in dem die Wirtschaftskräfte auf ihre freien Entfaltungsmöglichkeiten pochen, gleichzeitig aber vom Staat möglichst günstige Rahmenbedingungen fordern, hat die Regierung offensichtlich kaum Nischen entdeckt, wo «keine ernsthaften politischen oder materiellen Schwierigkeiten zu erwarten waren».

Diese Feststellungen, die sich nur auf zwei Beispiele abstützen, aber beliebig verlängert werden könnten, wenn man an die Steuergesetzgebung, die Revision des Finanzausgleichs und der Subventionsordnung, die Erarbeitung einer Position hinsichtlich der Veränderungen in Europa, die Bodenverknappung oder die Ausländerfrage denkt, veranlassen zur düsteren Prognose, dass in früherer oder späterer Zeit diese Probleme zur echten Entscheidung anstehen. Nicht jedes Problem lässt sich «aussitzen», die meisten verlangen nach einer Lösung, getroffen in der Gegenwart, ausgerichtet auf die Zukunft. Je grösser das Handlungsdefizit wird, je grösser der Handlungsbedarf anwächst, umso geringer wird der Spielraum für zukunftsgerichtete Entscheidungen. In vielen Bereichen wäre im Moment der Zwang zum Handeln noch nicht so gross wie der Freiraum von Entscheidungsmöglichkeiten – doch lange darf die Zeit nicht mehr ungenutzt verstreichen.

Die BRD soll sich zurückhalten

DDR: Opposition und offizielle Politik gegen Einmischung

Berlin (AP) Vertreter von Opposition und offizieller Politik der DDR stimmen darin überein, dass sich die Bundesrepublik mit Ratschlägen zur Bewältigung der Probleme ihres Landes zurückhalten sollte. Der Ostberliner Konsistorialpräsident Manfred Stolpe kritisierte Bonner Angebote einer Wirtschaftshilfe an die DDR im Fall von Reformen am Freitag heftig.

Harry Tisch, der Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB), liess Gesprächsbereitschaft erkennen, wandte sich aber wie Günther Maleuda, Vorsitzender der Deutschen Bauern-Partei (DBD), gegen Versuche der Einflussnahme aus der Bundesrepublik. Für einen Dialog auch «mit Gruppen, die vielleicht Opposition sind», plädierte DDR-Kulturstaatssekretär Dietmar Keller in Hannover.

Stolpe kam in der Ostberliner Zeitung «Neue Zeit» zu Wort, die Organ der DDR-CDU ist. In dem Interview, das auch die amtliche Nachrichtenagentur ADN veröffentlichte, sagte der evangelische Geistliche: «Die 'Reform'-Forderungen mit Geldangeboten werden hier als Bedrohung empfunden und erschwe-

ren konstruktive deutsch-deutsche Gespräche». Bei einer Veranstaltung am Vorabend in der Ostberliner Gethsemanekirche hatten mehrere tausend Bürgerrechtler die Worte eines Redners mit heftigem Applaus quittiert, wonach die «derzeitigen Erklärungen von Bundeskanzler Helmut Kohl uns mehr schaden als nützen».

Stolpe wiederholte seine Position, die jüngste Erklärung des SED-Politbüros sei ein Hoffnungsschimmer und ein «wichtiger Einstieg» in einen umfassenden öffentlichen Meinungsstreit. Zur Zeit gebe es in der DDR «die Chance, in einem gemeinsamen Konsens das Land weiter zu gestalten».

Tisch schrieb in einem Beitrag für die Gewerkschaftszeitung «Tribüne», den die amtliche Ostberliner Nachrichtenagentur ADN verbreitete: «Jetzt gilt es, in einem vertrauensvollen, überlegten und vernünftigen Dialog mit allen Werktätigen die vorhandenen Probleme zu erörtern.» Der FDGB werde sich allen derzeit anstehenden Fragen stellen und bei ihrer Lösung helfen.



Internationale Alpenkonferenz der Umweltminister aus den sieben Alpenstaaten. Unser Bild zeigt den Vorsitzenden der Konferenz, den bundesdeutschen Umweltminister Dr. Klaus Töpfer (Bildmitte) sowie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille als Vertreter unseres Landes.

Alpenkonferenz für Alpenkonvention

Rückblick auf die 1. Internationale Alpenschutzkonferenz

(G.M.) – Bis 1991 wollen die sieben Alpenstaaten Österreich, Schweiz, Italien, Frankreich, Jugoslawien, Bundesrepublik Deutschland und Liechtenstein eine völkerrechtlich verbindliche Alpenschutzkonvention erarbeiten. In Berchtesgaden einigten sich die Vertreter der sieben Alpenstaaten in dieser Woche auf diese Zielsetzung, nachdem als Grundlage für diese Alpenkonvention eine Resolution verabschiedet worden war. Die 2. Internationale Alpenschutzkonferenz soll 1991 in Österreich durchgeführt werden.

Unser Land war an dieser 1. Internationalen Alpenschutzkonferenz, die auf Initiative des bundesdeutschen Umweltministers Dr. Klaus Töpfer zustandekam, durch Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille und Forstmeister Dr. Felix Näscher vertreten.

Ausserdem tauchte der Name Liechtenstein an der Konferenz im Zusammenhang mit der Internationalen Al-

penschutzkommission (CIPRA) auf, die für die nächsten Jahre – nach finanzieller Unterstützung durch das Land – ihren Sitz in Vaduz behalten kann.

In einer Resolution hielten die Minister und hohen Beamten an der Alpenschutzkonferenz fest, dass die Arbeiten für eine Alpenschutzkonvention auch institutionell abgesichert werden sollten. Der bundesdeutsche Umweltminister Dr. Klaus Töpfer erklärte zum Abschluss der Konferenz, dass das Ergebnis «Anlass zu realistischem Optimismus» gebe.

Auch Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille äusserte sich befriedigt über das Ergebnis der Alpenschutzkonferenz. Er unterstrich, dass auch Liechtenstein einen wesentlichen Beitrag zum Abschluss der Konferenz beigetragen habe.

Mehr über die Alpenschutzkonferenz auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

Weniger neue Autos zugelassen

Statistik der Neuzulassungen von Januar bis September

(G.M.) – Die Zahl der Neuzulassungen bei der Motorfahrzeugkontrolle hat sich im Monat September gegenüber dem Vorjahresmonat abgeschwächt. Nach der Motorfahrzeugstatistik des Amtes für Volkswirtschaft wurden insgesamt 160 (194) neue Fahrzeuge immatrikuliert. Von Januar bis September wurden 2075 (2118) neue Fahrzeuge in Verkehr gesetzt, rund 2 Prozent weniger als im Vorjahr.

Gegenüber dem September 1988 weist der Zulassungsmonat September 1989 eine grosse Schwankung auf. Wurden im letzten September noch 194 neue Motorfahrzeuge immatrikuliert, so waren es in diesem Jahr noch 160 neue Fahrzeuge oder 17,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Von den 131 (149) Personenwagen und Kleinbussen erfüllen nach den Angaben des Volkswirtschaftsamtes 130 (138)

Fahrzeuge oder 99,2 Prozent die Abgasvorschriften gemäss US-Norm 83. Dabei handelt es sich nicht nur um Kat-Fahrzeuge, sondern auch um Dieselfahrzeuge, welche die Grenzwerte der US-Norm ebenfalls nicht überschreiten.

Neben den 129 (148) Personenwagen wurden im September noch 15 (17) Last- und Lieferwagen, 2 (1) Kleinbusse, 1 (2) Spezialwagen, 2 (8) Motorräder und 11 (15) Anhänger in Betrieb gesetzt.

Bei den Personenwagen steht erneut VW mit 19 Neuzulassungen an der Spitze der Statistik, gefolgt von Opel und Toyota mit je 12 Immatrikulationen sowie Renault mit 11 neuen Fahrzeugen. Die übrigen Marken erreichten weniger als 10 Neuzulassungen.

Nach den Neuzulassungen in den Monaten August und September dürfte sich die Zahl der in Verkehr stehenden Motorfahrzeuge erneut erhöht haben. Nach der Motorfahrzeugstatistik waren am 1. Juli 1989 insgesamt 21 823 Motorfahrzeuge registriert worden. Davon wurden der Kategorie Personenwagen 16 277 Fahrzeuge zugerechnet, zudem gab es 1558 Last- und Lieferwagen, 326 Spezialwagen, 885 landwirtschaftliche Fahrzeuge, 51 Kleinbusse und 57 Autobusse.

Wille trifft Justizminister Foregger

(paf) – Auf Einladung des Bundesministers für Justiz der Republik Österreich, Dr. Egmont Foregger, hält sich Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille am Montag und Dienstag zu einem offiziellen Besuch in Wien auf. In der Begleitung des Regierungschef-Stellvertreters befinden sich seine Gattin sowie der Vorstand des Landgerichts, Dr. Franz Rederer, Ressortsekretär lic. iur. Marzell Beck und die Chef-in des Protokolls, Aldina Nutt.

Nach einem informellen Zusammenreffen mit dem Bundesminister für Justiz am Sonntagabend beginnt das Besuchsprogramm am Montag mit einem Besuch beim Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Dr. Walter Melnizky, im Justizpalast. Im Anschluss daran treffen die Delegationen zu einem Arbeitsgespräch im Bundesministerium für Justiz zusammen.

Am Dienstag steht eine Fahrt nach Eisenstadt auf dem Programm, wo Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille im Landhaus in Eisenstadt mit Landeshauptmann Johann Sipöz zusammentrifft.



Das Politbüro leitet die ersten Schritte zur Veränderung ein.

(Copyright: Cosmopress)

SIE WERDEN AUGEN MACHEN



federer

BRILLEN UND KONTAKTLINSEN
GRÜNAUSTR. 1, 9470 BUCHS, TEL. 085/62 818

LEICHTER MEHR LEISTEN

MILLEN OFFICE

Modern Office im BB5-Case
FL-9489
Tel. 075/2 05 05